



MITTAGSPOST

Ausgabe 14/2023

Fraktion

Die parlamentarische Sommerpause ist vorbei, es geht wieder los in Berlin! Wir begannen in dieser Woche in der Fraktion mit der Planung unserer Vorhaben für den Rest des Jahres 2023 und haben die Verhandlungen zum **Bundshaushalt 2024** besprochen. Nach drei Krisenjahren, in denen wir mit hohen Ausgaben auf die Corona-Pandemie und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagiert haben, kehren wir im kommenden Jahr zu „haushälterischen Normalzeiten“ zurück. Für uns als SPD-Fraktion gilt dabei: **Investieren. Entlasten. Zusammenhalten.** Die großen Zukunftsaufgaben können wir nur mit Zukunftsinvestitionen und starker soziale Sicherheit anpacken! Für uns gehören soziale, innere und äußere Sicherheit zusammen. Sie sind nicht verhandelbar. Der **Haushaltsentwurf 2024 sieht Ausgaben in Höhe von 445,7 Milliarden Euro vor**, das sind rund ein Viertel mehr als 2019. Gegenüber dem Krisenjahr 2023 sinken die Ausgaben allerdings um 30 Milliarden Euro und wir bewegen uns in dem von der Schuldengrenze vorgegebenen Rahmen. Der Entwurf sieht **Investitionen in Höhe von 54 Milliarden Euro** in die Modernisierung des Landes vor. Damit liegen die Investitionen 40 Prozent höher als 2019. Hinzu kommen die Investitionen aus den Sondervermögen – in erster Linie aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) für die Energiewende und den Klimaschutz.

Auch der Fraktionsvorstand wurde in der Sitzung gewählt und komplett bestätigt: **Herzlichen Glückwunsch an Rolf Mützenich zur Wiederwahl als Fraktionsvorsitzender!** Allen anderen Gewählten ebenfalls herzliche Glückwünsche! Damit gehen wir gut aufgestellt in die zweite Hälfte der Legislaturperiode.

Plenum

In der Generaldebatte in der Haushaltswoche geht es traditionell im Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition hoch her. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz war dabei (in seiner vorübergehenden piratenähnlicher Erscheinung, weiterhin gute Besserung!) in Form und hat leidenschaftlich die Unterstellungen und Übertreibungen des Oppositionsführers zurückgewiesen. Aber er hat diesem ebenso wie den Ländern und Kommunen ein Angebot gemacht - einen **Deutschland-Pakt**, um gemeinsam die drängendsten Probleme unseres Landes zu lösen. Zu viel ist in den vergangenen Jahren auf die lange Bank geschoben worden. Wir müssen gemeinsam anpacken und uns an das von Olaf formulierte Motto halten: „Tempo statt Stillstand, Handeln statt Aussitzen, Kooperation statt Streiterei.“ Mehr zur Debatte [hier](#).

In dieser Woche wurde auch nach langen Diskussionen und mehreren Verzögerungen der Gesetzentwurf zur **Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen**. Das GEG wird mit einer verpflichtenden und flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung (KWP) verzahnt, die parallel im Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze auf den Weg gebracht wird. Das GEG baut also auf der KWP auf: Erst wenn die Kommunen festgelegt haben (Kommunen unter 100.000 Einwohner müssen dies bis Mitte 2028 tun), welche Gebiete mit welcher Infrastruktur versorgt werden, müssen in Bestandsgebäuden Heizungen eingebaut werden, die mit 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden. Dies sorgt für mehr Zeit und Planungssicherheit. In den Verhandlungen haben sich die Ampelfraktionen überdies auf ein **Förderkonzept** verständigt, das den bisherigen Entwurf weiterentwickelt und aufstockt (mehr Infos [hier](#)).

Rede zum Etat des BMEL



Ich selbst habe in dieser Woche in der Debatte um den Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gesprochen. Der Haushalt in diesem Jahr wird ebenfalls nach den Sondersituationen der letzten Jahre etwas schrumpfen, ist aber noch lange kein Sparhaushalt. Es kommt auch

nicht darauf an, einfach nur immer mehr Geld für verschiedene Maßnahmen auszugeben, sondern man muss gucken, wie man zielgenau agiert und sich zukunftsorientiert aufstellt. Das wird unsere Aufgabe sein bei diesem Haushalt. Der Vorschlag des Ministeriums liegt vor, nun ist das Parlament am Zug. Ich bin optimistisch, dass wir was richtig Gutes hinkriegen. Die komplette Rede und die ganze Debatte findet sich [hier](#).

Veranstaltung zu entführten Kindern in der Ukraine

Im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe hat der ukrainische Botschafter Oleksij Makejew über die bedrückende Lage der von Russland verschleppten Kindern informiert; auch ein heute elfjähriger Junge war vor Ort und erzählte uns seine Geschichte. Die Verschleppungen erfolgen bisweilen getarnt als „Erholungsmaßnahmen“ oder Infiltrationslager in den besetzten Gebieten, in denen die Kinder Gewalt erfahren und indoktriniert werden. Angesichts der dringenden Notwendigkeit, entführte Kinder so schnell wie möglich zurückzubringen, muss jetzt gehandelt werden. Vor diesem Hintergrund hat die Ukraine die Initiative „Bring Kids Back UA“ ins Leben gerufen, um diese Kriegsverbrechen zu verurteilen und die interparlamentarische Zusammenarbeit zu fördern. Auf einer Webseite werden die gesicherten Zahlen und Schicksale gesammelt.

Auf dem Podium bei Vier Pfoten

Mit den Berichterstatte:innen der anderen demokratischen Bundestags-Parteien habe ich auf dem Sommerfest der Tierschutzstiftung Vier Pfoten unter dem Titel „Das Tierschutzgesetz wird novelliert: Was steckt drin für die Tiere?“ diskutiert. Die anstehenden Änderungen betreffen alle Bereiche, in denen Tiere gehalten werden oder in denen mit ihnen umgegangen wird, also sowohl die Haltung in der Landwirtschaft als



auch zu Hause und im (Online-)Handel. Ich habe deutlich gemacht, dass für uns als SPD Tierwohl, Verbrauchertransparenz und fairer Wettbewerb zusammen gehören. Nur so schafft man bessere Lebens- und Haltungsbedingungen für Tiere. Wir legen in dieser Legislatur den Grundstein für den notwendigen Aufbruch hin zu einer klima-, umwelt- und tiergerechten sowie ökonomisch tragfähigen Tierhaltung.

Politische Patenschaft: Freiheit für Maryam Abbasi Nikoo!

Noch immer werden Menschen im Iran, die für ihre Freiheit kämpfen, gefangen genommen und zu Todesstrafen verurteilt. Ich habe die politische Patenschaft für [Maryam Abbasi Nikoo](#) übernommen. Seit dem 23. Juni 2023 befindet sich die 42-Jährige, die zwei Kinder hat, im Gefängnis, in dieser Woche begann der Prozess. Rechtsstaatliche Prinzipien werden in massivster Art und Weise gebrochen. Ferner verurteile ich aufs Schärfste, dass die iranische Regierung weiterhin die Todesstrafe vollzieht. Die Menschenrechte im Iran dürfen nicht weiter missachtet werden!